

Indien im Überblick

zusammengestellt von Jakob Littmann

Erneutes Vorgehen gegen Nichtregierungsorganisationen

Wie bereits berichtet, müssen Nichtregierungsorganisationen (NRO) seit letztem Jahr im Zuge einer Gesetzesänderung die Registrierung (beziehungsweise Genehmigung), ausländische Gelder zu empfangen (*Foreign Contribution Regulation Act*, FCRA), alle fünf Jahre erneuern lassen. Letztes Jahr bestand ein Großteil der über 8000 nicht verlängerten Registrierungen aus Karteileichen, und es wirkten nur wenige als wären es „politische Entscheidungen“ aufgrund des unliebsamen Engagements der NRO. Nun hätten jedoch im April 2016 wieder etliche FCRA-Registrierungen erneuert werden sollen. Aber die jeweiligen Entscheidungen wurden immer wieder verschoben, und so warten viele NRO gebannt auf die Entscheidung ob und welche Registrierungen nicht verlängert werden. Die FCRA-Registrierung der angesehenen Organisation *Lawyers Collective* (LC) wurde im Mai wegen angeblicher Vergehen gegen die Bestimmungen ausgesetzt. Die bekannten Gründer Indira Jaising (eine ehemalige Richterin) und Anand Grover vermuten dahinter eine Racheaktion der indischen Regierung, da sie sich mit ihrer Organisation immer wieder auf politisch brisanten Feldern bewegen und so beispielsweise Opfern von Polizeigewalt aus unteren Kasten in Odisha und Chhattisgarh juristisch beistehen und sie unterstützen. Aber auch die öffentlichkeitswirksame Verteidigung von Priya Pillai (*Greenpeace India*, der, wie berichtet, zeitweise die FCRA-Registrierung entzogen wurde), Teesta Setalvad und Yakub Memon dürfte der indischen Regierung sauer aufgestoßen sein. LC sieht darin einen unverfrorenen Versuch der Regierung, ihre Arbeit zu behindern und die neuen FCRA-Regulierungen zu benutzen, jede Form von abweichenden Meinungen zu unterdrücken.

Wahlen in fünf Bundesstaaten

Teilweise von Ende April an bis Ende Mai wurden in den Bundesstaaten Westbengalen, Assam, Kerala, Tamil Nadu und Puducherry neue Regionalparlamente gewählt, wie üblich häufig in mehreren Etappen. Mit Assam konnte die hindunationalistische *Bharatiya Janata Party* (BJP) überraschend erstmals überhaupt in einem Bundesstaat im Nordosten gewinnen und löst mit ihrem Wahlbündnis (mit einer Zweidrittelmehrheit) nach 15 Jahren die Kongresspartei ab. Erstaunlich war, dass

sich Premierminister Modi entgegen der üblichen Strategie sehr aus dem Wahlkampf heraushielt und nicht im Wahlkampf vor Ort auftrat. Außerdem wurden die wirtschaftliche Entwicklung des Bundestaates und die Zuwanderung aus Bangladesch sowie die Angst davor als Themen auf die lokale Agenda gesetzt. In Westbengalen gelang es der nicht unumstrittenen, aber populären Ministerpräsidentin Mamata Banerjee mit ihrem *Trinamul Kongress*, aufgrund des Mehrheitswahlrechts 211 der 294 Wahlkreise zu gewinnen (mit 44,9 Prozent der Stimmen). 2011 löste Banerjee nach über drei Jahrzehnten die *Communist Party of India (Marxist)*, CPI(M), an der Regierungsspitze ab. Die CPI(M) musste weitere herbe Verluste hinnehmen und stellt in ihrer einstigen Hochburg nach 40 Abgeordneten (insgesamt 62 als *Left Front*) bei den Wahlen 2011 mittlerweile nur noch 26 (mit der Kongresspartei als *Left Democratic Secular Alliance* insgesamt 74). Die amtierende Chief Ministerin Jayalithaa (*All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam*, AIADMK) wurde in Tamil Nadu überraschend als erste Regierungschefin seit 30 Jahren wiedergewählt. Sie bekleidete dieses Amt bereits von 1991 bis 1996, in 2001 mit Unterbrechungen und 2002 bis 2006. Obwohl gegen sie immer wieder Vorwürfe der Korruption erhoben wurden, sie 2014 der Veruntreuung von acht Millionen Euro für schuldig befunden wurde und zwischenzeitlich als Regierungschefin zurücktreten musste, gilt sie als äußerst beliebt. Die AIADMK stellt bei 41 Prozent 134 Abgeordnete, die DMK Allianz bei 39 Prozent 98 Abgeordnete. Kerala machte seinem Namen als *Swing State* wieder mal alle Ehre: Die CPI(M) löste mit ihrer *Left Democratic Front* (wie so häufig nach nur einer Legislaturperiode) die Kongresspartei in der Regierung ab. Sie stellt 91 von 140 Abgeordneten (mit 44,3 Prozent der Stimmen), die Kongresspartei mit ihrer *United Democratic Front* 47 (bei 39 Prozent). Überraschenderweise konnte die BJP 14 Prozent der Stimmen gewinnen und stellt einen Abgeordneten. Das Unionsterritorium Puducherry (bis 2006 offiziell Pondicherry) in Tamil Nadu ist direkt der indischen Regierung unterstellt, genießt aber Selbstverwaltungsrechte. Hier kann die Kongresspartei in einem Bündnis mit der lokalen DKM (*Dravida Munnetra Kazhagam*) mit 17 eine knappe Mehrheit der insgesamt nur 30 Abgeordneten stellen. Dieser Erfolg kann aber lediglich als kleiner Trostpreis angesehen werden, da die Kongresspartei seit den letzten landesweiten Wahlen 2014 sechs Regionalwahlen verloren hat und mittlerweile nur noch in sieben Bundesstaaten in der Regierung ist, davon mit

Karnataka nur ein großer. Die BJP kontrolliert dagegen nun 13 von 29 Bundesstaaten und kann nach den letzten Niederlagen wieder optimistischer in das nächste Wahljahr blicken, in dem in sieben Bundesstaaten, darunter Uttar Pradesh und Pandschab, wichtige Wahlen abgehalten werden. Außerdem fasste sie erstmals in Bundesstaaten Fuß, in denen es für sie früher nichts zu holen gab. In Parlamentssitzen sieht man das nicht so deutlich, aber der prozentuale Anteil an Stimmen erstaunte doch viele Expert(inn)en.

Hitzewelle, Temperaturrekord, Dürre und Brände

Auch dieses Jahr wird Indien wieder von einer heftigen Hitzewelle heimgesucht, der bisher bereits über 2500 Menschen zum Opfer gefallen sind. Ende Mai wurde in der Stadt Phalodi im Bundesstaat Rajasthan mit 51 Grad Celsius die heißeste Temperatur seit Beginn der Aufzeichnungen gemessen. Bis dahin lag der Rekord mit 50,6 Grad in Alwar (ebenfalls in Rajasthan, 1956). Neben dem Wüstenstaat stiegen die Temperaturen auch in Gujarat auf über 48 und in Delhi auf über 45 Grad. Der nationale Wetterdienst sieht in der zunehmenden Erderwärmung die Ursache für die Hitze. Neben der Hitze stellt die Dürre in vielen Landesteilen, vor allem in Zentralindien, ein großes Problem dar. Innerhalb der letzten fünf Jahre ist dies bereits das vierte mit extrem niedrigen Niederschlägen, sodass bereits Anfang des Jahres viele Städte und Orte mit Wassertransportern versorgt werden mussten, teilweise aus mehreren Hundert Kilometern Entfernung und beladen mit Millionen Litern Wasser – die trotzdem nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten. Die Wasserstände sind so niedrig, dass viele Brunnen austrocknen und Bäuerinnen und Bauern ihre Felder nicht bewässern können. Expert(inn)en prognostizieren die schwerste Dürre seit Jahrzehnten. Daraus resultierende Missernten und Verschuldung treiben weiterhin skandalös viele Menschen in den Selbstmord (Stichwort *farmer suicide*). Aber nicht nur das Wasser für die Landwirtschaft wird knapp, sondern auch das Trinkwasser für die Bevölkerung. Die Wasserlieferungen decken nur einen Bruchteil der benötigten Mengen – und kommen wie so oft nicht bei den Ärmsten und Bedürftigsten in den Slums an. Dafür blüht der Handel auf dem Schwarzmarkt und bringt beispielsweise Tagelöhner in das Dilemma, stundenlang für Wasser anzustehen, deshalb nicht arbeiten zu können und dementsprechend kein Geld zu verdienen. Steigende Temperaturen, zunehmende Dürren und Wassermangel stellen allerdings

keine unvorhersehbaren Phänomene dar, seit Jahren sind die Prognosen bekannt. Ursachen gibt es neben globalen Problemen wie der Erderwärmung beispielsweise in der schlechten Infrastruktur. So gehen teilweise bis zu 80 Prozent des Wassers bei den langen Transporten verloren. Zudem dürfen Grundbesitzer/-innen unreglementiert Brunnen bohren, sodass in den letzten 30 Jahren in vielen Gegenden der Grundwasserspiegel von 100 auf 400 Meter unter der Erde gesunken ist. Laut indischem Umweltministerium wurden bis Ende April bereits 24.000 Waldbrände gemeldet – und damit mehr als in den gesamten Jahren 2013, 2014 und 2015 zusammen. Bei den schlimmsten Bränden seit Jahren wurden über 20 Quadratkilometer Wald zerstört und 17 Menschen kamen ums Leben. Der Bundesstaat Uttarakhand im Norden ist besonders stark betroffen, und in vielen Gegenden Nordindiens lag der Rauch spürbar in der Luft.

Weitere Vergewaltigungsfälle

Ende April wurde eine 30-jährige Jurastudentin in der Stadt Ernakulam in Kerala vergewaltigt und mit Dutzenden Messerstichen umgebracht. Landesweit kam es daraufhin zu Protesten, weil es sich bei dem Opfer wieder einmal um eine Angehörige der Dalit handelte und es wie so oft Vorwürfe gegen Polizei und Justiz gab, dass diese aufgrund dieser Tatsache untätig blieben. Bei vielen wurden Erinnerungen an den Fall der vergewaltigten und getöteten Studentin in Neu-Delhi 2012 wach, der weltweit für Entsetzen gesorgt hatte. Offensichtlich hat sich seitdem noch nichts Grundlegendes geändert.

Über 18 Millionen Sklaven in Indien

Wie bereits in den letzten beiden Jahren hat die australische Menschenrechtsorganisation *Walk Free Foundation* auch diesen April wieder den *Global Slavery Index* vorgestellt. Demzufolge ist die Gesamtzahl der Menschen, die unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten müssen, weltweit auf fast 46 Millionen gestiegen. Sie werden zur Arbeit in Fabriken, Minen oder Farmen gezwungen, sie werden für Sex verkauft oder bereits in Knechtschaft geboren. Mit 18,4 Millionen leben die meisten davon in Indien. Ein wichtiger Faktor sei Migration, die die Menschen in fremden Gegenden oft wehrlos macht. Mitgründer Andrew Forrest legt Wert darauf, dass der Index ein Weckruf sein soll: „Das ist nicht HIV oder Malaria. Wir haben Sklaverei verursacht, und weil sie menschengemacht ist, können wir sie auch bekämpfen.“

Journalisten ermordet

Dass Indien ein gefährliches Land für investigativen Journalismus ist, ist bekannt. Erst Mitte Mai wurden wieder zwei Journalisten in Bihar und Jharkhand ermordet, die über kriminelle Machenschaften und Korruption, auch von Politiker(inne)n berichtet hatten. Laut der Organisation Reporter ohne Grenzen wurden letztes Jahr neun Journalist(inn)en in Indien umgebracht. Fälle, in denen sie bedroht werden, sind alltäglich.

Fahrverbot in Delhi

Nach dem ersten Versuch Anfang Januar, für zwei Wochen die Luftverschmutzung durch PKW in Delhi durch ein geregeltes Fahrverbot einzudämmen, startete die lokale Regierung von Mitte bis Ende April die zweite *odd-even*-Phase, bei der es von 8 bis 18 Uhr Fahrverbote für Privat-PKW gab, jeden Tag abwechselnd für gerade oder ungerade Endnummern auf den Nummernschildern. Allerdings gab es wieder zahlreiche Ausnahmen, beispielsweise für Taxis, Politiker/-innen, alleinfahrende Frauen, Zweiräder und mehr. Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs nahm natürlich zu und auch verschiedene Formen von Fahrgemeinschaften wurden genutzt. Nachdem sich die Bevölkerung Anfang des Jahres entgegen allen Erwartungen im Vorfeld erstaunlich diszipliniert in der Einhaltung gezeigt hatte, scheint sich die Motivation bei der zweiten Phase deutlich verringert zu haben. Dafür waren jetzt vermehrt Beschwerden zu hören. Auch die Nutzung von Taxis stellte während der Rushhour eine enorme Herausforderung dar und war zeitweise mit Wartezeiten von bis zu einer Stunde verbunden. Fraglich bleibt, ob und welche Auswirkung die Fahrverbote auf die Luftverschmutzung haben, zumal für solch begrenzte Zeit. Es bleibt abzuwarten, ob die lokale Regierung Fahrverbote weiterhin in Phasen einführt, sie ganz abschafft oder vielleicht sogar dauerhaft einführen will.

Indien nicht mehr unter den Top 5 in Nepal

Wie berichtet, sorgten nicht nur die Benzinblockade an der Grenze zu Nepal und die daraus resultierende, über mehrere Monate schwierige Situation für Nepal international für Aufsehen und Verwunderung, zumal nach der ohnehin schon problematischen Lage nach dem verheerenden Erdbeben 2015. Zum ersten Mal seit fünf Jahren ist Indien mit 19 Millionen Euro Entwicklungshilfegeldern in Nepal nicht mehr in den Top 5 der ausländischen Gebernationen und wurde von China mit gut 33 Millionen Euro verdrängt (nach Großbritannien, den USA und Japan und vor der Schweiz). Dies ist

auch Ausdruck des zunehmenden Ringens Chinas und Indiens in angrenzenden Ländern dieser Region.

Zunehmende Gewalt gegen Dunkelhäutige

In den letzten Monaten sorgten immer mehr Fälle von Gewalt gegen Afrikaner/-innen in Neu-Delhi für Aufsehen und Verwunderung. Es wirkt wie ein Ausdruck einer zunehmenden Feindlichkeit gegen alles Anderssein. Es gibt mittlerweile Versöhnungskommissionen, und einige Politiker/-innen in Afrika drohten mit Boykott.

Indien baut Beziehung zu Afrika aus

Indien hat einen Kreditrahmen von 10 Milliarden US-Dollar für afrikanische Länder in Aussicht gestellt. Das wurde Ende Mai beim jährlichen Treffen der *African Development Bank* in Sambia verkündet. Der Vorsitzende der indischen *Export-Import-Bank* (EXIM), Yaduvendra Mathur, erklärte, dass Mittel über einen Zeitraum von fünf Jahren gewährt würden. Die Fonds seien vor allem für das Gesundheitswesen und die Förderung von öffentlich-privaten Kooperationen bestimmt. Aber auch andere Sektoren könnten davon profitieren. Modi sicherte den Kredit letztes Jahr zu, um die Beziehung zwischen Indien und den afrikanischen Ländern zu festigen und dem wachsenden Einfluss Chinas in Afrika zu begegnen. China hatte sein wirtschaftliches und damit auch sein politisches Wirken auf dem afrikanischen Kontinent mithilfe eines Finanzausschusses von über 60 Milliarden US-Dollar im Dezember 2015 noch einmal verstärkt. Afrika soll nun von Indiens Erfahrungen mit *pro-poor policy* (PPP) Projekten im Gesundheitsbereich sowie im Energie- und Transportsektor profitieren. Sambias Gesundheitsminister, Joseph Kasonde, sagte, dass die EXIM-Bank das Land bei der Eröffnung von 650 Krankenstationen unterstütze. Außerdem verhandele Sambia mit Indien über eine PPP-Vereinbarung, um das Gesundheitssystem des Landes zu verbessern und somit die Anzahl derer zu verkleinern, die zur Behandlung weite Wege zurücklegen müssten, so Kasonde. Modi hatte im Oktober 2015 von einer Zusammenarbeit zwischen Afrika und Indien gesprochen, die Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien, des nachhaltigen Umweltschutzes, des öffentlichen Transportwesens und des Infrastrukturausbaus hervorbringen soll. Der Vizepräsident der *African Development Bank*, Kapil Kapoor, sagte, Indien sei eine große Hilfe bei der geplanten Beschaffung von Hilfgeldern in Höhe von 60 Milliarden US-Dollar, die der Kontinent bis 2021 benötige. Modi kündigte im Herbst 2015 außerdem 50.000 Stipendien für Afrikaner/-innen in Indien an. 2017 soll das Treffen der *African Development Bank* in Indien stattfinden.